2018/48 Antifa

https://jungle.world/artikel/2018/48/lebensphase-antifa

Die Antifaschistische Union Dortmund hat sich nach 13 Jahren aufgelöst

Lebensphase Antifa

Von **Sebastian Weiermann**

Nach etwas mehr als 13 Jahren hat sich die Antifaschistische Union Dortmund aufgelöst – aus Altersgründen. Dass die Zeit nicht stillsteht, bringt noch weitere Probleme für die antifaschistische Arbeit: Auch der Rechtsextremismus hat sich verändert.

Die Nachricht wurde in der vergangenen Woche eifrig in den sozialen Medien verbreitet. »Wir, die Antifaschistische Union Dortmund, stellen als eine der dienstältesten Antifa-Gruppen der Bundesrepublik unsere kontinuierliche Arbeit ein«, hieß es in der Auflösungserklärung, die den schlichten Titel »Das Ende« trägt.

Begonnen hatte alles mit dem 28. März 2005. Für jeden, der sich zu dieser Zeit in Dortmund antifaschistisch engagierte, war dieser Tag eine Zäsur. An dem Montagabend erstach der damals 17jährige Neonazi Sven Kahlin in der U-Bahnstation Kampstraße den Punk Thomas »Schmuddel« Schulz. Kahlin wurde auf der Flucht gefasst, verbüßte eine mehrjährige Jugendstrafe und bewegt sich heutzutage immer noch im Nazimilieu. Jüngst war er mit einem weiteren Neonazi dabei, als Hooligans auf der Südtribüne des Stadions von Borussia Dortmund Ultras bedrohten. Auch die neonazistische Kampfsportveranstaltung »Kampf der Nibelungen« im sächsischen Ostritz besuchte Kahlin im Oktober.

Die Tat des Neonazis war 2005 Anlass zur Gründung der Antifaschistischen Union Dortmund. Das Nazimilieu in der Stadt war damals nicht weniger organisiert und gefährlich als heutzutage. Junge Neonazis aus dem Umland zogen in die Stadt und trafen auf ein gewachsenes Umfeld mit den richtigen Kontakten. So konnte sich Dortmund damals zu einer Hochburg der »Autonomen Nationalisten« entwickeln.

> Die linksradikale antifaschistische Arbeit befindet sich in einer Krise. Anders als im Fall klassischer Neonazis hilft gegen AfD-Politiker meist kein Outing in der Nachbarschaft.

Auf antifaschistischer Seite sah es hingegen schlecht aus. Bürgerliche Bündnisse hatten und haben in Dortmund ein starkes Abgrenzungsbedürfnis nach links. In der radikalen Linken tobte der Streit zwischen antideutschen und antiimperialistischen Gruppen. Die Antifa in Dortmund lag am Boden, während die Nazis nicht zuletzt durch den Mord gezeigt hatten, dass sie die Straße für sich beanspruchten. In dieser Situation trat die Antifaschistische Union an, »nicht nur namentlich, sondern auch praktisch aus übrig gebliebenen Strukturen ehemaliger Gruppen und Einzelpersonen«, wie es im Auflösungsschreiben heißt. In den folgenden Jahren organisierte die Gruppe meist Proteste gegen zwei bis drei größere Naziaufmärsche im Jahr und konnte dabei auch Erfolge verbuchen. Mit merklicher Freude erinnert sich die Gruppe an eine spektakuläre Intervention: »Einer unserer größten Clous in der Anfangszeit war sicher die (jetzt können wir es ja sagen: erst spontan am Vorabend geplante) Blockade der S-Bahngleise während eines Naziaufmarsches am 1. Mai 2007. Zahlreiche Antifas konnten damals durch einen Durchbruch auf die Gleise gelangen, so dass die Anreise der Neonazis empfindlich gestört wurde.«

Inhaltlich vertrat die Gruppe immer eine Position, die langjährige Beobachter als »softcore-antideutsch« beschreiben. Die praktische Arbeit auf der Straße war der Antifaschistischen Union stets wichtig, doch die Theorie wurde nicht vernachlässigt. Hausarbeiten von Gruppenmitgliedern wurden zu ermüdend langen Redebeiträgen über verkürzte Kapitalismuskritik, Nationalismus, Antisemitismus und Autoritarismus verarbeitet und dann auf zahlreichen Vorabenddemonstrationen vorgetragen.

Die Zeit, in der sich Hausarbeiten mit politischem Aktivismus verbinden lassen, ist für viele Mitglieder der Antifaschistischen Union jedoch vorbei. Zum Grund der Auflösung heißt es in ihrem Abschiedsschreiben: »Wer rechnen kann, dürfte schnell auf das Durchschnittsalter unserer Gruppe kommen.« Die Antifaschistische Union hat eine Erfahrung gemacht, die in der radikalen Linken nicht ungewöhnlich ist: »Antifa – als Organisation, nicht als politische Praxis – ist eben auch abhängig von einer bestimmten Lebensphase und aus dieser haben wir uns teilweise entfernt.«

Das Studium ist vorbei, die Beziehung ist fest, die 40-Stunden-Woche halbwegs gut bezahlt und die WG voller Bierkästen wird gegen eine Vierzimmerwohnung getauscht, die in manchen Fällen voller Spielzeug ist, weil Kinder dazu kamen. Dann gibt es an Samstagnachmittagen Besseres zu tun, als zum zehnten, zwanzigsten oder dreißigsten Mal in irgendeinem Kaff gegen Nazis zu protestieren oder auf einem Plenum stundenlang über die Schlussparolen in einem Aufruf zu diskutieren. Antifa ist in Deutschland meist eine Sache der Jugend.

Neben der Altersfrage hat die antifaschistische Bewegung in Deutschland heutzutage noch ein anderes Problem: Es mangelt an einer Debatte über die Relevanz der politischen Gegner und die damit zusammenhängende Frage, wie gegen diese vorzugehen wäre. Als sich die Antifaschistische Union 2005 gründete, gab es Freie Kameradschaften, die NPD und gelegentliche zaghafte Versuche, rechtspopulistische Parteien zu gründen. Wenn es an einem Wochenende bundesweit mehr als zwei Veranstaltungen der extremen Rechten gab, war das schon viel. Mittlerweile ist das anders. Die NPD und die klassischen Neonazis gibt es noch immer, hinzugekommen sind Kleinparteien wie »Die Rechte« und »Der III.

Weg«. Darüber hinaus besteht ein Wust an Kreisen, in denen sich »Patrioten« zusammenfinden, an Gruppen der »Identitären Bewegung« – und die AfD veranstaltet jedes Wochenende irgendwo einen Parteitag, Kongress oder eine sonstige -Zusammenkunft. Selbst in Städten wie Köln, Berlin oder Hamburg zeigen rechtsextreme Gruppen häufig Präsenz auf der Straße, was zwar immer noch oft mit Frust für die Marschierer, längst aber nicht mehr mit dem Risiko verbunden ist, das solche Aufmärsche noch vor einigen Jahren mit sich brachten.

Die AfD arbeitet auch daran, sich dauerhaft in der Fläche zu etablieren. Bundes- und Landtagsabgeordnete treten regelmäßig in Gaststätten auf und berichten von ihrer Arbeit in den Parlamenten. Auch dies geschieht meist ohne Protest. Gegen den Bundesparteitag der AfD Mitte November in Magdeburg demonstrierten nur etwa 500 Menschen.

Zwar beteiligen sich immer noch Zehntausende an großen Bündnisdemonstrationen. Das zeigte jüngst die Demonstration des Zusammenschlusses »Unteilbar« in Berlin, zu der sogar über 200 000 Menschen kamen.

Die linksradikale antifaschistische Arbeit befindet sich allerdings in einer Krise. Anders als im Fall klassischer Neonazis hilft gegen AfD-Politiker meist kein Outing in der Nachbarschaft, Sachbeschädigungen an ihren Büros verarbeitet die Partei genüsslich in Pressemitteilungen, in denen sie sich als Opfer inszeniert. Wie ließe sich also gegen die Partei vorgehen? Gegen wen lohnt sich das Vorgehen überhaupt? Welche Nazis wären eher zu vernachlässigen, um die eigenen Kräfte nicht zu verschwenden? Es gäbe genug Fragen für eine Antifa-Debatte.

© Jungle World Verlags GmbH